



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Rechtsradikalismus: Die Gefahr lauert im Inneren von Armee und Polizei

Nach Jahrzehnten, wo dies besonders in Deutschland undenkbar schien, haben rechtsradikale Gruppierungen in den letzten Jahren deutlich gemacht, dass sie ihre verbrecherischen Ansichten mit Terror und Gewalt durchsetzen wollen. Einige haben tödliche Anschläge auf eine Synagoge oder muslimische Familien verübt, andere haben Politiker mit Stich- oder Schusswaffen verletzt oder ermordet. Und immer häufiger hört man von geheimen rechtsradikalen Gruppierungen innerhalb von Polizei und Militär.

Nun erfährt man, dass rund 200 rechtsradikale Reichsbürger der „Patriotischen Union“ nichts weniger als einen Putsch geplant haben. Sie wollten eine Diktatur errichten und hatten angefangen, Waffen zu horten, militärische Strukturen aufzubauen und Listen zu erstellen, wer als erstes umgebracht werden soll.

Zu ihnen gehören Unternehmer, Adelige, AfD-Politiker, Richter, aktive und ehemalige hochrangige Bundeswehr-Offiziere und Polizisten. Sie zählen sich also zur „Elite“, kommen aus dem Inneren des Staats-Apparates. Und was das Gefährliche ist: Sie sind dort eben kein „Einzelfall“.

Vor zwei Jahren musste sogar eine ganze Einheit mit 400 KSK-Soldaten aufgelöst werden, weil diese nicht mehr nur offen ihre Bewunderung für Hitler und die Nazis gezeigt, sondern Waffen und Sprengstoff der Bundeswehr für rechtsradikale Anschläge beiseite geschafft hatten. Diese Soldaten wurden allerdings nur auf andere Einheiten verteilt: Sie sind weiter in der Bundeswehr aktiv. Im Moment wird das Militär mit 100 Milliarden Euro hochgerüstet, angeblich um „unsere Demokratie und Freiheit“ zu verteidigen. Will man uns weismachen, dass solche Truppen von Berufssoldaten dies tun sollen?

Und was ist mit den Polizisten, die sich an den NSU 2.0-Morddrohungen beteiligt oder im Dienst willkürlich Migranten verprügelt haben? Auch diese Polizisten sind fast alle weiter im Dienst.

Auch wenn solche Kräfte den regierenden Parteien Probleme bereiten: Trotz aller gegenteiligen Versprechungen kann und will die herrschende Klasse die Rechtsextremen in ihrem Staatsapparat nicht loswerden. Letztlich brauchen sie sie sogar.

Denn die Aufgabe von Polizei, Justiz und Armee ist, die herrschende Gesellschaftsordnung samt ihren Gesetzen zu verteidigen. Diese Ordnung jedoch beruht grundlegend auf sozialer Ungleichheit, Gewalt gegen Ärmere und letztlich dem Recht der Kapitalisten, ihre Interessen durchzusetzen.

Am Ende besteht ihre Aufgabe darin, den Reichtum der Lebensmittelkonzerne zu beschützen und dafür kleine Ländereien zu verfolgen. Sie besteht darin, das Recht der Konzerne zu verteidigen, inklusive ihrem Recht, Arbeitsplätze oder die Umwelt zu zerstören – und dafür notfalls Arbeitende, die ihre Fabriken besetzen oder Umweltschützer, die einen Wald besetzen, mit Gewalt zu vertreiben.

Und wenn wie heute die Zeiten härter werden, dann gehen sie auch härter vor, nehmen immer weniger Rücksicht auf demokratische Rechte. Dafür brauchen die Herrschenden Polizisten und Justiz-Beamte, die diese Vorstellung von „Recht und Ordnung“ nicht hinterfragen.

Und sie brauchen Soldaten, die nicht hinterfragen, ob sie nicht vielleicht nur deshalb Familien im Irak oder in Mali in die Luft sprengen sollen, weil Konzerne sich für die Rohstoffe in dem Land interessieren. Für die Herrschenden ist es lebenswichtig, dass die Soldaten bedingungslos diese Ordnung verteidigen und bereit sind, dafür notfalls auch zu sterben. Sie müssen sich hundertprozentig auf die Armee verlassen können.

Und wenn es wirklich drauf ankommt, wären die Herrschenden und die Rechtsextremen in den entscheidenden Fragen nicht unterschiedlicher Meinung. Deren Ideologie, mit ihrer Verachtung für andere Völker, ihrer Begeisterung für

soldatischen Gehorsam, ihrer Verachtung für Arbeiter und Arbeitslose und ihrer Verehrung des kapitalistischen „Recht des Stärkeren“, macht sie für die Herrschenden im Notfall sogar zu sehr guten Verteidigern ihrer kapitalistischen Ordnung. Deshalb hatten die Regierenden auch kein Problem damit, dass ehemalige Nazi-Generäle und -Richter nach 1945 die Polizei, Justiz und Armee der „freiheitlich-demokratischen“ Bundesrepublik aufbauten.

Heute sind Rechtsradikale im Staatsapparat noch eher die Ausnahme. Noch kann die Regierung einzelne verhaften lassen. Und die Vorstellungen und Pläne von solchen rechtsradikalen Reichsbürgern wirken teilweise so absurd und fern der Realität, dass man sie nicht wirklich ernst nimmt.

Doch auch Hitlers Ideologie klang für die meisten anfangs lächerlich, und sein Putsch-Versuch 1923 scheiterte kläglich. Zehn Jahre und eine Weltwirtschaftskrise später lachte keiner mehr.

Denn in ernsthaften wirtschaftlichen Krisenzeiten können sich die rechtsradikalen Monster sehr schnell verselbstständigen – wenn die kapitalistische Klasse sie nicht sogar (wie damals) selber an die Macht holt: Weil sie in großen Krisen die Arbeiterklasse in Armut und Krieg treiben, um weiter Profite zu machen – und in einer harten Diktatur ohne Meinungsfreiheit und Streikrecht, in Einschüchterung und Terror die einzige Chance sehen, dies der Bevölkerung aufzuzwingen zu können.

Die Herrschenden gehen davon aus, dass ihr System in den kommenden Jahren in eine größere, tiefe Krise schlittern kann. Ihre Reden von einer „Zeitenwende“, von Zeiten „großer Entbehrungen“ und vielleicht sogar Kriegen, zeugen davon. In ihrem Staatsapparat bereiten sie sich darauf vor, und einige zielen schon jetzt darauf ab, uns dies mit diktatorischer Gewalt aufzuzwingen.

Es wird dringend Zeit, dass wir uns auf der anderen Seite ebenfalls vorbereiten.

Iran: Trotz brutaler Unterdrückung geht die Revolte weiter

Auch nach über drei Monaten geht die mutige Revolte der Bevölkerung im Iran weiter: gegen die extreme Unterdrückung, gegen den Terror im Alltag vor allem gegen Frauen, gegen die massive Verarmung, gegen das gesamte diktatorische Regime.

Am Anfang ist vor allem die Jugend auf die Straße gegangen. Mittlerweile unterstützen sie immer breitere Gruppen der Bevölkerung. Anfang Dezember gab es zum zweiten Mal einen dreitägigen Streik, an dem sich Arbeiter*innen in Raffinerien, Stahlwerken, Zuckerfabriken und anderen Betrieben beteiligten. In dutzenden Städten blieben die Geschäfte geschlossen.

Als Antwort auf die Ausweitung der Bewegung hat das iranische Regime mehrere Teilnehmer*innen der Proteste hinrichten lassen: junge Leute von 23, 24 Jahren. Es ist ein weiterer vergeblicher Versuch, die Bevölkerung einzuschüchtern und die Proteste zu beenden. Ebenso vergeblich sind bislang die durchschaubaren Versuche des Regimes, die Proteste zu beruhigen, indem sie kleinste Reformen wie die Auflösung der verhassten Sittenpolizei versprechen oder „Reform“-Politiker wie den ehemaligen Präsidenten Chatami ins Rennen schicken.

Alle ihre Manöver und erst recht die brutale Repression überzeugen die Protestierenden nur umso mehr davon, dass es notwendig ist den Kampf fortzusetzen: bis zum vollständigen Sturz des Regimes.

Peru: Massenproteste für die Freilassung des linken Präsidenten

Das Parlament und das Militär in Peru haben den gewählten linken Präsidenten Castillo abgesetzt und ins Gefängnis geworfen. Seitdem gibt es Massenproteste für seine Freilassung. Das Militär geht gewaltsam gegen die Menschen vor. Es hat einen Ausnahmezustand verhängt, die Menschen dürfen sich nicht mehr frei bewegen und versammeln – was diese allerdings bislang nicht daran hindert, trotzdem auf die Straße zu gehen.

Castillo war 2021 gewählt worden – gegen den vorherigen Präsidenten, der für seine Grausamkeit gegenüber den Indios berüchtigt war und dafür, dass westliche Konzerne unter ihm ungehindert die Rohstoffe des Landes plündern durften, während ein Drittel der Bevölkerung in Armut lebt.

Das Parlament wurde jedoch nicht neu gewählt und besteht weiterhin mehrheitlich aus Anhängern des alten Präsidenten: Mitglieder der rechten und rechtsextremen Parteien – weiße Rassisten der privilegierten Schichten – hinter denen auch die Armeeführung und die Unternehmerverbände stehen. Ihnen allen war der neue linke Präsident von vornherein verhasst: ein Lehrer aus einer kleinen Bauernfamilie, halber Indio, der große Streiks geleitet hat. Sie haben ihn bekämpft, ohne dass er überhaupt irgendwelche größeren Reformen gemacht hätte, und haben ihn letztlich wegen angeblicher „Rebellion und Verschwörung“ abgesetzt und eingesperrt.

Castillo ist nicht der erste lateinamerikanische Staatschef, der vorsichtig Reformen im Interesse der armen Bevölkerung verspricht und allein dafür von den Eliten gestürzt wird. Und zwar mit offener Unterstützung der US-Regierung, der alle Mittel recht sind, um die Interessen ihrer Konzerne zu schützen. Auch diesmal hat sowohl die US-Regierung wie die EU die Absetzung Castillos begrüßt und das rechte Parlament ernsthaft dafür gelobt, dass es... „die demokratische Stabilität“ garantiert. Für unsere Regierungen herrscht in einem Land nämlich dann „Demokratie“, wenn die westlichen Konzerne machen können, was sie wollen.



Von Vietnam bis Deutschland: Wir sind untrennbar verbunden

In Vietnam sind zehntausende Arbeiter*innen entlassen worden, die für Zulieferer der Schuh-, Bekleidungs- und Möbelindustrie in Europa und den USA arbeiten. Über eine halbe Million Arbeiter*innen wurden außerdem die Stunden und damit der Lohn drastisch reduziert. Eine Katastrophe für viele Familien!

Grund ist, dass die Bestellungen aus den USA um über 30%, aus der EU sogar um 60% zurückgegangen sind. Die Arbeiter*innen in Vietnam und wir sind also Opfer derselben Krise: Bei uns schmelzen die Löhne unter der Inflation zusammen. Viele müssen zwei Mal überlegen, bevor sie sich Möbel, Schuhe und Kleidung kaufen. Und in Vietnam führt dieser Rückgang bereits zu Massenentlassungen und Elend.

Weltweit haben wir Arbeitenden angesichts der Krise den gleichen und gemeinsamen Kampf: um unser Existenzrecht, unser Recht auf Arbeit und Lohn gegen eine Gesellschaftsordnung zu verteidigen, die die produktive Klasse in den Abgrund stößt, während eine kleine Minderheit megareicher Groß-Kapitalisten sich an Krise und Chaos gigantisch bereichert.

EU-Parlament: Lobbyisten gibt's nicht nur für Katar

Vier EU-Abgeordnete sind verhaftet worden, weil sie wohl massenhaft Bestechungsgelder kassiert haben, um für Katar vorteilhafte Resolutionen durchzusetzen. Darunter die Vizepräsidentin Kaili, die Katar ernsthaft als „Vorreiter bei Arbeitsrechten“ gelobt hat!

Viele EU-Politiker empören sich seitdem, wie Katar es denn wagen könne, mit teurem Geld für seine Unternehmen Vorteile erkaufen zu wollen. Deutsche oder französische Unternehmen haben das im EU-Parlament in der Tat nicht nötig.

Ob beim Glyphosat, bei den Abgas-Normen und zahllosen anderen Fragen: Für BASF, Daimler und Co. setzen die EU-Politiker vorteilhafte Gesetze durch, ohne dafür extra bestochen werden zu müssen.

Überfüllte Kinderkliniken: Keine Kinderkrankheit

Kinder, die ins Krankenhaus müssten, werden dort abgewiesen. Andere werden zu früh von den Intensivstationen runtergenommen oder 150km weit transportiert. Die Notaufnahmen der Kinderkliniken sind überfüllt... Und alle Verantwortlichen wussten vorher, dass dies passieren wird!

Selbst die großen Tageszeitungen schrieben schon im September: Bei der nächsten Infektionswelle droht eine Katastrophe. Weil viel zu viele Kinderkliniken geschlossen wurden – und die Arbeitsbedingungen viel Personal in die Flucht geschlagen haben.

Und wie reagiert die Regierung? Sie verspricht einzig, dass keine weiteren Kinderkliniken geschlossen würden. Selbst wenn sie also ausnahmsweise ihr Versprechen halten sollte, bleibt die gefährliche Unterversorgung Dauerzustand.



Krankenhaus-Reform: Eindeutig die falsche Therapie

Gesundheitsminister Lauterbach hat eine große Krankenhaus-Reform angekündigt, ja eine „Revolution“ im Gesundheitswesen. Und was vielleicht schon alles über diese „Revolution“ aussagt: Die Krankenhäuser sollen nicht einen Cent zusätzlich erhalten. Dreist behauptet Lauterbach, das Hauptproblem im Gesundheitswesen komme im Gegenteil daher, dass aus finanziellen Interessen „zu viel“ operiert und „zu viel behandelt“ würde – und die Menschen „zu viel und zu lange im Krankenhaus“ wären! Das wolle er jetzt ändern, durch eine neue Art der Krankenhausfinanzierung... durch die noch mehr Kliniken und Stationen geschlossen werden sollen.

Neben spezialisierten großen Krankenhäusern soll es vor Ort nur noch ein paar zusammengeschrumpfte Krankenhäuser mit Notaufnahmen geben. Außerdem „Krankenhäuser“ für einfache Behandlungen und Eingriffe, in denen Ärzte nur noch freiberuflich stunden- oder tageweise vorbei kommen und die gesamte Verantwortung ansonsten in den Händen von Pflegekräften liegt.

Um Geld und Stellen zu sparen, sollen noch viel mehr Operationen ambulant durchgeführt werden – ohne dass die Patienten auch nur eine Nacht zur Überwachung im Krankenhaus bleiben. Und der Knüller: Auch Patienten, die mehrere Tage im Krankenhaus bleiben müssen, sollen nach Möglichkeit über Nacht nach Hause geschickt werden.

Und das nennt Lauterbach eine „Revolution“? Eine Revolution im Gesundheitswesen wird es erst geben, wenn wir Arbeitenden den Herrschenden die Dinge aus der Hand nehmen. Wenn diejenigen über alle Fragen entscheiden, die täglich in den Krankenhäusern arbeiten und wissen, was im Interesse der Patienten und der Beschäftigten nötig ist.

Klima: Wer sind die wahren Terroristen?

„Klima-Terroristen, die eine kriminelle Vereinigung bilden“: Ja, die gibt es. Die Ölkonzerne zum Beispiel, die sich schon lange zu einer kriminellen Vereinigung zusammengetan haben, um weltweit ihre Interessen durchzusetzen, auch wenn diese dramatische Auswirkungen auf das Klima haben.

Oder die Gruppe der reichsten Milliardäre, die die Bevölkerungen der ärmeren Länder terrorisieren: weil ihre wirtschaftlichen Entscheidungen maßgeblich für die klimabedingten Dürren und Hungersnöte, tödliche Feuersbrünste und Überschwemmungen verantwortlich sind.

Doch diejenigen, die von den herrschenden Politikern als „Terroristen“ bezeichnet und von der Polizei verhaftet werden, sind junge Leute, die über diese Entwicklung verzweifelt sind und mit mehr oder weniger spektakulären Aktionen versuchen, darauf aufmerksam zu machen.

Wir haben gerade erst in Deutschland echte Terroristen erlebt: Die Gruppe der rechtsradikalen Reichsbürger, die mit Anschlägen und bewaffneten Truppen Macht erlangen, Andersdenkende erschießen und der großen Mehrheit durch Angst und Terror ihren Willen aufzwingen will. Die Klima-Aktivisten als Terroristen zu bezeichnen und sie damit auf eine Stufe zu stellen, ist auch eine Verharmlosung dieser rechtsextremen Kräfte, von denen für uns alle eine ernsthafte Bedrohung ausgeht.

Die Klima-Aktivisten wollen die Politiker mit ihren Aktionen dazu bringen, ihre Versprechen einzuhalten. In der Hinsicht sind sie naiv. Denn keiner der Politiker, die jede Woche verkünden, dass sie den Klimawandel bekämpfen wollen, wird in Wahrheit ernsthaft etwas unternehmen. Gerade deshalb gehen sie auch so massiv gegen die Klima-Aktivisten vor.

Um wirklich gegen die Klimaerwärmung

aktiv zu werden, müssten die Regierungen nämlich grundlegend gegen die Interessen der Kapitalisten handeln. Sie müssten ihnen die Macht wegnehmen, alles in der Wirtschaft nach der Logik des größtmöglichen Profits zu entscheiden. Sie müssten an die Stelle des Konkurrenzkampfes zwischen allen Unternehmen, der zwangsläufig zu Chaos und Verschwendung führt, eine ressourcenschonende und länderübergreifende wirtschaftliche Planung setzen. Das ist natürlich undenkbar für die herrschenden Parteien.

Nur Massenbewegungen, in denen sich die arbeitenden und armen Massen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Elend und Kriege erheben und letztlich den Kapitalismus stürzen, können den Weg für eine Gesellschaftsordnung eröffnen, in der nicht der Profit, sondern die Interessen der Menschheit und damit auch der Schutz der Umwelt und des Klimas im Mittelpunkt stehen.

Baustellen: Katar lässt grüßen

56 Tote und mindestens 66.000 Arbeitsunfälle auf Baustellen – alleine in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Nein, dabei geht es nicht um die Baustellen in Katar, sondern um die in Deutschland!

Die Ursachen der Unfälle wären oft vermeidbar: Fehlende Schutzgeländer oder defekte Leitersprossen, die zu Abstürzen führten. Fehlende Schutzkleidung, wodurch herabfallende Teile schnell zur Lebensgefahr werden. Permanenter Zeitdruck. Personalmangel. Überstunden. Und und und.

Wie auch in Katar sind bei den Unfällen viele Arbeitende aus anderen Ländern betroffen, vor allem aus Osteuropa. Sie arbeiten oft als völlig unterbezahlte Wanderarbeiter*innen über Sub-Subfirmen, arbeiten schwarz oder in Schein-Selbstständigkeit. Und wie auch in Katar profitieren vor allem große Baukonzerne wie Hochtief, Bilfinger oder Strabag von dieser rücksichtslosen Ausbeutung.

Der Kampf gegen menschenunwürdige und lebensgefährliche Ausbeutung beginnt vor unserer Haustür!

Großbritannien:

Die Streikwelle für höhere Löhne geht weiter

Seit dem Frühjahr streiken in Großbritannien immer und immer wieder hunderttausende Arbeitende mehrere Tage am Stück für höhere Löhne. Auch im Dezember streiken unter anderem Arbeitende der Bahn, der Flughäfen, der Krankenhäuser, der Post und viele mehr.

Die Regierung hetzt seit Monaten gegen die Streikenden. Sie behauptet, diese würden die Bevölkerung „als Geisel“ für ihre egoistischen Forderungen nehmen. Doch die große Mehrheit steht hinter den Streikenden. Sie sind gewohnt, dass die Bahnen auch ohne Streik ständig ausfallen und OPs verschoben werden und freuen sich, dass es diesmal wenigstens aus einem guten Grund passiert: für einen Kampf gegen die Inflation, der alle Arbeitenden betrifft.

Nun will die Regierung sogar Soldaten als Streikbrecher einsetzen. Auch das aber mindert die Entschlossenheit der Streikenden nicht. Fast eine Million Arbeitende streiken in diesen Wochen.



Doch obwohl sie alle höhere Löhne fordern, streikt jede Branche, teilweise jeder Betrieb für sich allein. Die Gewerkschaftsführungen machen keinerlei Anstalten, die Kämpfe zusammenzuführen oder sich auch nur abzusprechen und überall an den gleichen Tagen zu streiken. Sie wollen die gut geölte „Sozialpartnerschaft“ und jahrzehntelange „Verhandlungskultur“ der Tarifverträge nicht zu sehr beschädigen. Und das, obwohl sie Unternehmern und einer Regierung gegenüberstehen, die angesichts der Krise zu keinem Kompromiss bereit sind – und obwohl diese Zersplitterung die Kämpfe bedeutend schwächt.

Die Vereinigung der Kämpfe kann daher nur von den Streikenden selber kommen: wenn diese sich dieser Notwendigkeit bewusst werden und entschlossen sind, die künstlich errichteten Schranken zwischen ihnen einzureißen.

Einmal waschen, föhnen und heizen

Ein Hallenbad in Herne hat einen „Duschtarif“ eingeführt: Weil dies für einige zuhause nicht mehr möglich ist, kann man sich für 1,50 Euro in angenehm warmen Räumen heiß duschen und föhnen.

Zehn Prozent haben nämlich bis Ende November aus Geldmangel die Heizung überhaupt nicht angestellt, andere nur so niedrig, dass sie permanent frieren.

Früher gab es Volksbäder, weil viele Wohnungen kein Badezimmer hatten. Jetzt kommen sie zurück, weil man deren Nutzung nicht mehr bezahlen kann.

Die Konzerne sind flüssig

Bis 2026 sollen an Deutschlands Küsten 11 Flüssiggas-Terminals (LNG) gebaut werden. Unternehmen sollen über die Terminals dann Gas für ihre Betriebe beziehen können. Zahlreiche Konzerne zum Beispiel aus der Chemieindustrie haben bereits „reserviert“.

Doch die Kosten dafür übernehmen nicht die Unternehmer, für die sie hauptsächlich gebaut werden. Die 10 Milliarden Euro teuren Terminals bekommen sie geschenkt... von unseren Steuergeldern.

Risiken und Nebenwirkungen

Im November ist im Duisburger Stahlwerk von ThyssenKrupp ein Elektriker lebensgefährlich verletzt worden, als er „ganz schnell“ einen Ofen reparieren sollte. Er wurde viel zu spät gefunden, weil er alleine arbeiten musste – obwohl diese Arbeiten eigentlich immer zu zweit ausgeführt werden müssen.

Doch seit Jahren spart die Konzernleitung Personal ein. Arbeiten unter ständigem Zeitdruck und gefährlichen Bedingungen sind die zwangsläufige Folge. Aber Hauptsache, die Produktion (von Gewinn) läuft. Die Risiken tragen ja die Arbeiter...

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org